



René Windlin  
ehem. Präsident GBZ



Luzian Franzini  
Präsident GBZ

### Gedanken zum Abschied

Das Coronavirus hat unser gewohntes Leben markant verändert und wird wohl auch künftig nicht ohne Folgen für uns alle bleiben. Das Virus verursachte viel persönliches Leid, sei dies durch gravierende gesundheitliche Probleme, den Verlust von lieben Angehörigen und Freunden sowie Existenzprobleme infolge Kurzarbeit, den Verlust des Arbeitsplatzes oder der aufgebauten Selbstständigkeit. Die Coronakrise hat dabei aber auch die gravierenden Schwächen unseres Wirtschaftssystems aufgedeckt. Das extreme Profitdenken unserer Wirtschaftskapitäne, mit der Verlagerung der Produktion in Billiglohnländer, den Verkauf von Schweizer Unternehmen an ausländische Investoren und die Ausbeutung von Mensch und Natur haben sich gerächt. Wir waren in unserem Land nicht rechtzeitig in der Lage, Schutzmasken in ausreichender Menge zu produzieren und müssen, trotz unserer viel gerühmten Chemischen Industrie, den grössten Teil des Impfstoffs importieren. Die Spitäler – in meinen Augen ein Service public – wurden privatisiert und «gesundgeschrumpft» mit dem Ergebnis, dass die Bettenzahl kaum ausreicht und das Pflegepersonal «auf dem Zahnfleisch» läuft. Die Pandemie hat die wirtschaftliche Ungleichheit zwischen den Industrienationen und den Ländern im globalen Süden weiter verschärft. Bund, Kantone und Gemeinden haben Steuergelder für Hilfspakete geschnürt, welche den Unternehmen und Selbstständigerwerbenden über die Covidkrise hinweghelfen sollen. Dies sind gut investierte Gelder. Diese Unterstützungsmassnahmen zeigen, dass der Markt eben nicht alles richtet oder richten kann. Der Staat und seine Institutionen erfüllen wichtige Aufgaben und müssen nicht mit Sparmassnahmen «gesundgeschrumpft» werden. Damit der Staat solche Hilfe bieten und auch seine anderen Aufgaben wahrnehmen kann, braucht er auch Geld, sprich Steuereinnahmen. Es wäre wünschenswert, wenn nun die bürgerlichen Parteien von ihrem ständigen Rufen nach «weniger Staat, mehr Freiheit» und ständigen Steuersenkungen, Abstand nehmen.

Die Coronakrise hat gezeigt und zeigt es immer noch, wie wichtig gegenseitige Unterstützung und Rücksichtnahme, sprich Solidarität, ist. Für die Gewerkschaften und den GBZ ist Solidarität kein Fremdwort, sondern Alltagsgeschäft. Zu mei-

nem Abschied als GBZ-Präsident, wünsche ich mir eine noch stärkere Gewerkschaftsbewegung und mehr Solidarität unter allen Menschen, hier im Kanton Zug, aber auch global. Mein Nachfolger, Luzian Franzini, hat hierfür schon einiges in Bewegung gesetzt. Helfen wir ihm alle mit, denn nur gemeinsam sind wir stark. Ich wünsche dem neuen Präsidenten in seinem anspruchsvollen Amt viel Kraft, Ausdauer und Erfolg.

### Gedanken zum Amtsantritt

Es ist mir eine grosse Ehre und Freude, mich künftig noch stärker für die Anliegen der Zuger Arbeiter\*innenbewegung einsetzen zu dürfen. Meinem Vorgänger René Windlin möchte ich für die geleistete Arbeit herzlich danken und ich bin froh, dass wir weiterhin auf seine Expertise zählen dürfen. Als Präsident des Zuger Gewerkschaftsbundes möchte ich mich mit aller Kraft und gemeinsam mit den Gewerkschaftssektionen und Personalverbänden für ein Zug engagieren, in dem die Arbeiter\*innen ein anständiges Leben führen können. Persönlich ist es mir zudem ein grosses Anliegen, dass es in Sachen Gleichstellung endlich einen Schritt vorwärtsgeht. Das Engagement des Frauen\*streiks und der Gewerkschaften für fair bezahlte Betreuungsarbeit und Lohngleichheit ist gerade im konservativ geprägten Kanton Zug umso wichtiger. Zudem möchte ich ein Augenmerk auf die Digitalisierung und den fundamentalen Umbau der Arbeitswelt richten. Die Grenzen zwischen Arbeit und Freizeit werden fliessender. Hier braucht es klare Regeln, um eine Überlastung der Lohnabhängigen zu verhindern.

Um sozialen Fortschritt zu erreichen, braucht es eine starke Gewerkschaftsbewegung. Nur wenn Arbeiter\*innen gut organisiert sind, können sie der Macht des globalen Kapitals und der Unternehmen etwas entgegenhalten. Seit über 80 Jahren steht dabei der solidarische Zusammenschluss der Zuger Gewerkschaften im Gewerkschaftsbund für soziale Gerechtigkeit. Im Jahr 2020 hat der GBZ trotz Covid-Pandemie viel Präsenz gezeigt. So leisteten wir einen entscheidenden Beitrag für das erfolgreiche Einreichen des Referendums gegen die unfairen Corona-Steuersenkungen. In meiner täglichen politischen Arbeit ist mir der direkte Austausch mit euch Kolleg\*innen sehr wichtig. Zögert nicht, mich bei Anliegen jeglicher Art zu kontaktieren.

Berufsbildungskommission



Simon Haueter  
Schulkommission  
Berufsbildung  
Vertreter des GBZ

Im Berichtsjahr fand Corona bedingt nur eine statt zwei Kommissionssitzungen statt. Direkt betroffen als Lehrperson am GIBZ habe ich miterlebt, wie die Zuger Verwaltung umsichtig und unspektakulär funktionierte und funktioniert. Es war und ist ein Privileg in der Krise Angestellter beim Kanton Zug zu sein! Die Traktanden der ersten Sitzung wurden ergänzt und am 9. November über Skype besprochen. Beim virtuellen Treffen tauschten sich die Vertreter\*innen aus Verwaltung, Wirtschaft, Schulen und Ämtern der Aus- und Weiterbildung zu folgenden Themen aus: Coronavirus „aktuelle Situation“ durch die Volkswirtschaftsdirektorin Silvia Thalmann-Gut,

aber auch Praktika in Kitas lagen ihr mit der Schaffung eines runden Tisches am Herzen. Über das Berufsfindungsjahr berichtete Martin Beck von einer 100% Abschlussquote, Beat Schuler zeigte, wie der Bund Bildung, Forschung und Innovation bis 2024 finanziert und Yvonne Kraft und Urs Brüttsch berichteten über Corona und die Berufsfindung. Leider konnte sich nie die gleiche Atmosphäre wie bei den physischen Treffen einstellen. Was leider auch 2021 Realität bleibt. Ein grosser Dank den Institutionen der Berufsbildung, die versuchen den Einfluss der Pandemie möglichst gering zu halten.

Einreichung des Corona-Steuerreferendums 02.11.2020



SEV



Wolfram Siede  
SEV-Zentralsekretariat

Das vergangene Jahr war für den SEV und unsere Sektion bei den ZVB in Zug nicht einfach. Der politische Druck auf die Betriebe des öffentlichen Verkehrs hat deutlich zugenommen. Genannt sei der Corona-bedingte Abbau finanzieller Rücklagen durch die geringere Auslastung und damit ein durch sogenannte Sachzwänge, getriebener und zunehmend ‚eng‘ geschnürter Spielraum.

Die massvolle Lohneingabe der Gewerkschaft (real + 0,5%) wurde per Verhandlungsergebnis zu einer Nullrunde. Die üblichen, ausserordentlichen Einmalzahlungen wurden von der Unternehmung in diesem Jahr auf ein Taschengeld von etwa 10% eingestrichen. Der Ausblick auf 2021 stimmt nicht optimistisch.

Anfang 2020 wurde unserem Sektionspräsident gekündigt. Der SEV bewertet das als antigewerkschaftlich Kündigung. Der Rechtsstreit liegt bei den involvierten Anwälten.

Die Sozialpartner hatten noch Ende 2019 die Aufnahme von GAV-Verhandlungen vereinbart – in der Krisenzeit ist ‚uns‘ das Risiko bewusst. Seit Dezember 2015 gibt es Anpassungsbedarf und vieles wird inzwischen ‚hinter unserem Rücken‘ umgesetzt. Die Zugerland Verkehrsbetriebe möchten zurück zur 6-Tage-Woche. Das wäre im subventionierten, lizenzvergebenen ÖV ein absolutes Novum. Wir möchten diese Auseinandersetzung offen auf den Tisch haben.

VPOD



Yannick Ringger, Vorstand  
VPOD Zug



Viviane Hösli,  
Regionalsekretärin VPOD  
Zentralschweiz

Im Jahr 2020 wurde der Gesamtarbeitsvertrag (GAV) des Zuger Kantonsspitals (ZGKS) revidiert und weiterentwickelt. Der VPOD und die Personalverbände konnten für das Personal wesentliche Verbesserungen erreichen. Neu gilt für Mitarbeitende mit Berufskleidern die Umkleidezeit als Arbeitszeit, die Entschädigung für Pikettendienste wird verdoppelt, Mitarbeitende ab 58 Jahren können ihr Arbeitspensum neu in mehreren Schritten bis auf 40 Prozent reduzieren und der betriebliche Mindestlohn wird auf 4000 Franken pro Monat bzw. 52'000 Franken pro Jahr angehoben. Zudem konnte für die Dienstplanung eine neue Regelung getroffen werden, welche den Anspruch der Mitarbeitenden auf eine verbindliche Dienstplanung wie auch die aus betrieblichen Gründen immer wieder nötigen kurzfristigen Anpassungen der Dienstplanung ausgewogen berücksichtigt. Bei den Lohnverhandlungen wurde den Mitarbeitenden im Mai eine Erfolgsbeteiligung von 600 Franken gewährt (eine von den Verbänden geforderte Coronaprämie wurde dann im März 2021 gesprochen).

Während der Protestwoche für das Gesundheitspersonal Ende Oktober mobilisierte die Zuger Sektion für den Walk of Care am 27. Oktober und führte am 29. Oktober eine Spalieraktion vor dem Kantonsrat durch. Die Öffentlichkeit und die Politiker\*innen wurden dabei mit den Forderungen des Gesundheitspersonals nach guten Arbeitsbedingungen konfrontiert. Neben dem Fokus auf das Gesundheitspersonal konnte der VPOD verschiedene weitere Anliegen vertreten. So ist der Regierungsrat der Forderung des VPOD, die finanziellen Unterstützungs-

massnahmen für die Zuger Kitas zu verlängern, nachgekommen, indem er bis zur Wiederöffnung der Kitas am 11. Mai einen zweiten Beitrag gesprochen hat.

Im Herbst hat sich die Sektion am Referendum gegen die Steuersenkung beteiligt. Die Vorstandsmitglieder Mara Landtwing und Luzian Franzini haben VPOD-Anliegen im Grossen Gemeinderat respektive im Kantonsrat aktiv vertreten und diverse Vorstösse (mit-)eingereicht.

Schliesslich führte das Regionalsekretariat unzählige Rechtsberatungen durch. Im Fokus standen der Umgang mit Minuszeiten aufgrund von wegfallenden Arbeitseinsätzen und die Finanzierung des Lohnausfalls wegen Kinderbetreuung.

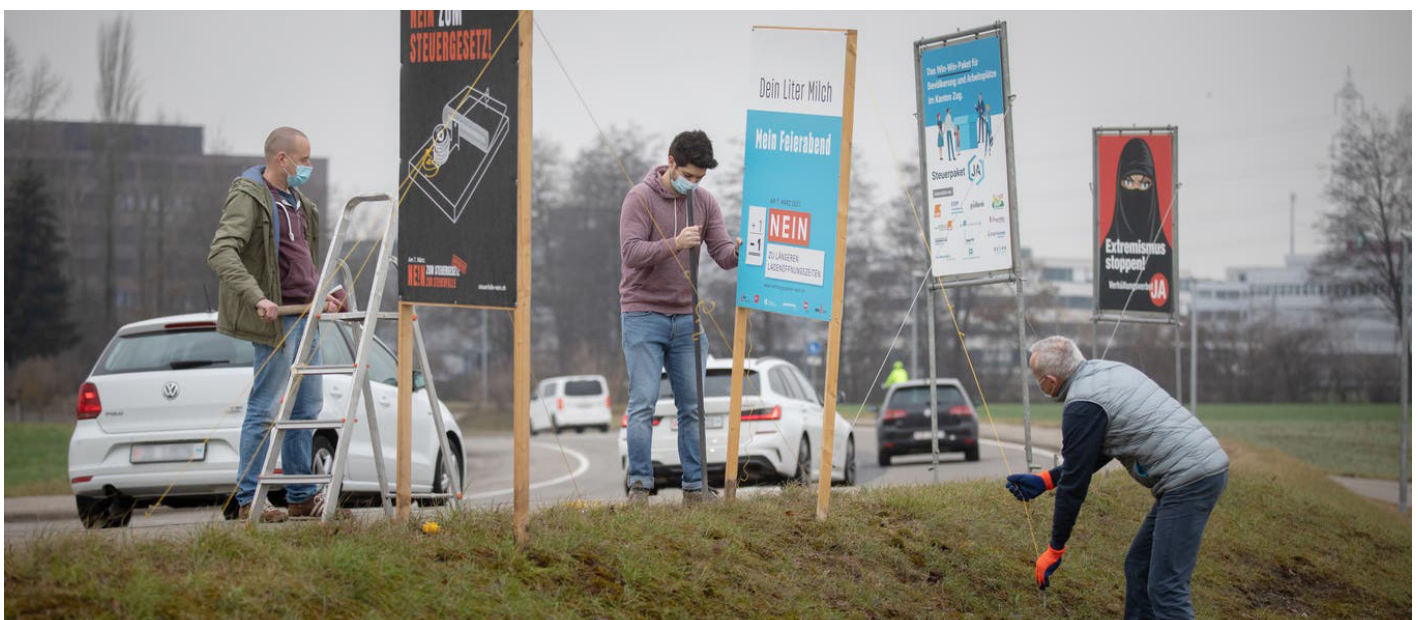


Foto: Zuger Zeitung

SGB Frauen\*kommission



Käthi Dinter  
SGB-Frauen\*kommission

Es fanden wie üblich vier Sitzungen statt, wovon wegen der Pandemie zwei per Videokonferenz. Wegen Corona konnten wir unsere Anliegen natürlich auch nicht wie gewohnt auf die Strasse tragen. Sichtbar waren wir trotzdem, z.B. mit Videoporträts von Frauen, die während der Krise in der Pflege, als Zugbegleiterinnen, Verkäuferinnen oder als Reinigungskräfte gearbeitet haben und so auf ihre erschwerten Arbeitsbedingungen aufmerksam machten.

Es war eine riesige Herausforderung, den Schwung vom Frauenstreik 2019 nicht verpuffen zu lassen. Die Kraft und die Begeisterung dieses historischen Ereignisses hält aber weiterhin an, nicht nur trotz, sondern wohl auch wegen Corona. Denn die Ausnahmesituation hat überdeutlich gezeigt, wie systemrelevant Frauenarbeit ist. Gezeigt hat sich auch, dass Frauen wegen dem Wegfall der Kinderbetreuung, Homeschooling und Lohn-einbussen bei ohnehin tieferen Löhnen stärker von der Krise betroffen sind.

Deshalb fordert eine breite, vom SGB koordinierte Koalition beim Corona-Ausstieg die Stärkung der familien- und schulergänzenden Kinderbetreuung.

Ein Schwerpunkt der Kommissionsarbeit waren

die Massnahmen gegen den «gender pay gap»-, d.h. gegen die Lohnungleichheit zwischen Männern und Frauen. Als weiteres Thema präsent war auch der Klimawandel: Zwei Delegierte der Klimajugend forderten uns Gewerkschafterinnen eindringlich dazu auf, uns in den Kollektiven und an der Organisation des Klimastreiks zu beteiligen. Die Altersvorsorge bleibt leider ein aktuelles Thema. Die Frauenkommission setzt sich nach wie vor für höhere Renten und gegen eine Erhöhung des Frauenrentenalters ein. Sie unterstützt zudem die AHVx13-Initiative.

Der Slogan zum diesjährigen Frauentag „Respekt – mehr Lohn, mehr Zeit“ fasst gut zusammen, was die Schwerpunkte der Frauenkommission in diesem speziellen Jahr waren.

Rückblick: Tag der Arbeit – 1. Mai 2020



Angesichts der Covid-Situation musste der 1. Mai 2020 in virtueller Form durchgeführt werden. Während die Diskussion mit Kolleg\*innen bei lokalem und internationalem Speis und Trank definitiv fehlte, stand die inhaltliche Debatte einem physischen 1. Mai in nichts nach. Die Ökonomin Mascha Madörin diskutierte gemeinsam mit der Zuger Nationalrätin und Gesundheitspolitikerin Manuela Weichelt-Picard sowie mit der Luzerner Kantonsrätin und Pflegefachfrau Sara Muff. Moderiert wurde der Anlass von Luzian Franzini (GBZ). Im Zentrum der Diskussion stand die Gesundheitskrise rund um das Covid-Virus. Überfüllte Spitäler und Gesundheitspersonal, welches an der Belastungsgrenze steht. Mascha Madörin zeigte aus ihrer Forschung auf, weshalb überproportional viele Frauen die Auswirkungen der Covid-Krise zu spüren bekommen. Frauen arbeiten

häufiger in schlecht bezahlten Care-Berufen und haben auch im privaten Umfeld einen Grossteil der Care-Arbeit zu tragen. Wie lässt sich dies ändern? Manuela Weichelt betonte die Wichtigkeit der Pflege-Initiative, welche die drängendsten Probleme im Gesundheitsbereich angehen will. Bis ins Jahr 2030 werden 65'000 zusätzliche Pflegenden benötigt, doch die Schweiz bildet weniger als die Hälfte des jährlichen Bedarfs an Pflegefachpersonen aus. Sara Muff berichtete aus ihrem Alltag als Pflegefachfrau HF. Die Anforderungen und die Arbeitsbelastung für das Personal waren bereits vor der Krise extrem hoch, das Engagement der Gewerkschaften für faire Löhne und gute Arbeitsbedingungen braucht es im Gesundheitssektor dringender denn je!

Der Gewerkschaftsbund des Kantons Zug

Links

- sgb-zg.ch
- sgb.ch
- unia.ch
- sev-online.ch
- vpod.ch
- vam-zg.ch
- industriepfad-lorze.ch

Vertretungen in Gremien und Vorständen

Kantonale Berufsbildungskommission **Simon Haueter**; Tripartite Kommission **Giuseppe Reo**; Schlichtungsstelle Arbeitsrecht GIG **Mara Landtwing**; Vorstand Verein für Arbeitsmarktmassnahmen (VAM) **René Windlin**; Vorstand Industriepfad Lorze (IPL) **René Windlin**; SGB Frauenkommission **Käthi Dinter**

Der GBZ-Vorstand (Stand 01.11.2020)

**Luzian Franzini (vpod)**, Präsident **Mara Landtwing (vpod)** Vizepräsidentin; **René Windlin (sev)**, **Remo Conti (vpod)** Kassier; **Yannick Ringger (vpod)**, **Cristiano Azevedo (unia)**